

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und andere Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 14. Fernruf Nr. 2425, 2436, 2417. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 2 Pf., Restland 1 Pf.; außerhalb 20 Pf., Restland 10 Pf. 1.00 M. Setzpreis u. Abdruck (inkl. Porto). Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 615

Dienstag, 3. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Verständigung der liberalen Parteien.

Berlin, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Wie wir von beteiligter Stelle erfahren, haben die über die Vereinigung der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen und grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich morgen ihren formellen Abschluß finden.

Der Reichstag.

Der Reichstagspräsident Hehrenbach erhielt vom Reichstagsbureau heute folgendes Telegramm:

Von der Reichsregierung ist uns folgendes Schreiben zugegangen: „Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu lassen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu lassen.“ (Erl. Haase.)

Darauf hat der Reichstagspräsident an die Reichsregierung und das Reichstagsbureau folgendes telegraphiert:

An die Reichsleitung, Berlin. Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbureau angewiesen, am 1. Dezember an die Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu lassen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gescheitert. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch das Gesetz vom 22. Juni d. J. für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet, und die Auszahlung der Dezemberdiäten darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzwidrigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbureau mit Umgehung des Reichstags Beschlüsse zugehen zu lassen. Ich habe dem Bureau verboten, derartigen Verfügungen nachzukommen. (Ehrenbach, Reichstagspräsident.)

An das Reichstagsbureau, Berlin. Die Verhütung der Reichsregierung bezüglich der Diäten und der Reisefahrkarten ist, solange der Reichstag nicht aufgelöst ist, gescheitert. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Reichstags Beschlüsse zugehen zu lassen. Ich habe gegen diese Gesetzwidrigkeiten protestiert. (Ehrenbach, Reichstagspräsident.)

Aus dem Vollzugsrat.

Berlin, 2. Dez. (Amstich.)

Der Vollzugsrat trat gestern Nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Er nahm einstimmig zur Kenntnis, daß sich ein Reichsausschuß konstituierte und zum ersten Vorsitzenden Däumig, zum zweiten Vorsitzenden den bayerischen Vertreter Härdt gewählt hat. Sodann wurde die Vorlage des Reichsausschusses beraten betreffend Konflikte zwischen den deutschen und den Sowjettruppen an der Ostfront. Die Vorlage wurde an den Reichsausschuß zurückverwiesen.

Ein Delegierter des bayerischen Arbeiterrates erstattete Bericht über die Forderung der bayerischen Regierung, die es für ausgeschlossen hält, mit Solz und Erzberger einen Frieden zu bekommen. Hieran schloß sich der Bericht von zwei Mitgliedern des Vollzugsrates, die zur Information in München weilten. Gemäß Antrag des bayerischen Delegierten wird beschloffen, mit Nachdruck zu verlangen, daß die bereits gestellte Forderung des Rücktritts Solzs erfüllt werde, und daß Erzberger nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen soll.

Rücktritt Eisners?

Berlin, 3. Dez. (Eig. Tel.)

Wie die „Germania“ erzählt, kann Kurt Eisner als bayerischer Ministerpräsident als erledigt gelten.

Gegen Solz und Erzberger.

Berlin, 2. Dez. (Amstich.)

Der Vollzugsrat Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Vollzugsrat beschloffen zu fordern: 1. daß die vom Vollzugsrat bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solzs schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solz ein Mann tritt, der kein Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. Zusage, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Bayerns Forderung.

München, 2. Dez. (Amstich.)

Es ging heute folgendes Telegramm nach Berlin ab: (Erl. Haase, Berlin.) Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, daß sofort eine Konferenz der Vertreter der

deutschen Regierungen in Jena oder an einem anderen geeigneten Ort einberufen wird, in der eine programmatische Rundschau der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. In den unerlässlichen Programmpunkten gehört die Frage der Nationalverlorenung und der Befestigung des Auswärtigen Amtes in Berlin, ferner der Aktienveröffentlichung. Die Konferenz soll je nach der Größe der Bundesstaaten sich aus einem bis drei Mitglieder aufzunehmen lassen. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern. (Eisner.)

Das Agrarprogramm der neuen Regierung.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin teilte Otto Braun mit, daß im Auftrage der preussischen Regierung ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werde, der dem Staat das Verkaufrecht an den Landwirten sichert. Die aus den Südstädten in die Landwirtschaft eingetretenen Arbeiter sollen so bald wie möglich entlassen und die zurückkehrenden Landarbeiter zu neuen, den Verhältnissen entsprechenden Bedingungen wieder eingestellt werden. Die Oest- und Moorländer, von denen es in Deutschland über zwei Millionen Hektar gibt, sollen in Kulturländer umgearbeitet und soweit als möglich schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Die landwirtschaftliche Produktion müsse auf die höchste Stufe gebracht werden. — (Erl. Haase, Berlin.) Der Agrarprogramm wird sofort erfüllt und möglichst die Befestigung des arbeitlosen Einkommens erstrebt werden. Die Kriegsgewinne müssen revidiert werden, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbschaft der Republik geschaffen werden.

Die feindliche Besetzung.

Trier, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Amerikanische Truppen sind gestern, Sonntag, nachmittags 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterie-Regiment hat die Stadt besetzt. Heute fanden weitere Durchmärsche von amerikanischen Truppen statt, die in der Richtung auf Koblenz marschierten. In der Stadt herrscht vollständige Ruhe. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. In einer Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage der amerikanischen Kommandatur wird bestimmt, daß alle Waffen bis zum 5. Dezember abgegeben sein sollen. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften nachmittags zwischen 5 und 9 Uhr besetzen.

Die Belgier in Aachen.

Rotterdam, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Dem „Nieuwe Rotterd. Courant“ wird von seinem oben aus Aachen zurückgekehrten Berichterstatter gemeldet, daß gestern Abend ein Teil der belgischen Besatzung in der Stadt angekommen ist. Heute früh war überall in französischer und deutscher Sprache die Verordnung angeschlagen, daß vorläufig jeder Straßenverkehr zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens belgischer Zeit verboten ist. Die Kaffeehäuser, Theater usw. bleiben vorläufig geschlossen. Jeder Transport von Personen und Gütern in der Stadt außer mit Frachtwagen ist verboten. Alle Menschenansammlungen auf der Straße sind verboten und werden eventuell mit Waffengewalt andernfalls strengstens werden. Hausdurchsuchungen können jederzeit und überall abgehalten werden. Bürger, die auf der Straße belgischen Offizieren begegnen, müssen den Bürgerheiß verfallen und ihr Haupt entblößen. Dem Berichterstatter der „N. R. C.“ wurde, obwohl er Holländer, von zwei belgischen Offizieren der Hut vom Kopf geschlagen. Anderen Personen wurden die Hüte mit der Reichsflagge heruntergeschlagen. Das Erörtern und der Verkauf von Zeitungen und anderen Druckschriften ist verboten. Niemand darf Aachen verlassen oder die Stadt betreten. Zwischen 4 Uhr nachmittags und 4 Uhr morgens muß in den Straßen aller Häuser Licht brennen. Personen, die die notwendigen Bestimmungen übertreten, werden ohne weiteres erschossen. Der Stadt wird sofort eine Karte anverleitet. Zehn Geiseln müssen fortwährend auf dem Rathaus aufbewahrt werden.

Kölns Vorbereitungen.

Köln, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Der Durchmarsch der Truppen ist in den beiden letzten Tagen trotz des überaus kalten Wetters in der Stadt stattgefunden. Die Soldaten wurden von der Bevölkerung mit der größtmöglichen Begeisterung begrüßt. Der Rückzug der deutschen Armee durch Köln ist bereits vollständig bewirkt, heute soll das letzte Regiment, das 371. Infanterie-Regiment, die Brücke überschreiten. In dieser Gelegenheit soll eine Feier am Dom stattfinden, auf der Bürgermeister Albermann die Rede halten wird. In der Stadt ist man schon rege tätig, die Ehrenposten abzubauen und die Fahnen einzuziehen. Um noch möglichst viel Kriegsgerät retten zu können, erließ der Gouverneur an die Bevölkerung einen Aufruf, wonach Prämien für die Hilfe bezahlt werden an alle, die die Geschütze noch rechtzeitig hinter die neutrale Zone schaffen. Es werden für Feldgeschütze 100 Mark gezahlt und für die Artilleriegeschütze 200 Mark. Das Gouvernementsgericht Köln schloß heute seine Pforten, nachdem es seit 1915 bestanden hat. Gestern sind die ersten Mitglieder des englischen Offizierskorps in Köln angekommen. Offiziell ist der Bürgermeister schon jetzt unterrichtet, zu welcher Zeit die Befreiung eintritt. Die Stadtverwaltung tut ihr Möglichstes, um die Engländer zufrieden zu stellen. Sie läßt die Kasernen, die von den Soldaten nicht zum besten verlassen werden,

herrichten, und hat auch umfassende Vorkehrungen für die Unterbringung von Flüchtlingen aus Belgien und Frankreich getroffen, die noch immer in der Stadt einströmen.

Nicht nach Glatz?

Berlin, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, entspricht die aus Glatz hierher gelangte Meldung über einen angeblichen tschechischen Vormarsch gegen die Grafschaft Glatz nicht den Tatsachen.

Teilweise Befestigung von Frankfurt.

Dem Nachrichtenamt des Frankfurter A. und S. Rates ist von der Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß eine Befestigung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt. Daraus geht hervor, daß der Teil der Festung, der in der Brückenkopfzone liegt, besetzt wird.

Englische Kriegsschiffe vor Libau.

Memel, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Das „Memeler Dampfboot“ meldet aus Libau: Ein leichtes englisches Geschwader, bestehend aus vier leichteren Kreuzern, einem Minenboot und sechs Zerstörern, ist heute hier eingelaufen und blieb im Außenhafen liegen. Bis zum Nachmittags hatten die Engländer keine Verbindung mit dem Lande aufgenommen. Anschließend sind Landungstruppen an Bord, jedoch glaubt man, daß die Streitkräfte für den zur Befestigung der Bucht gewissten von der Entente geplanten Feldzug bestimmt sind, und daß das Geschwader wieder auslaufen und sich nordwärts wenden wird.

Die Armee Madenjen.

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Die Irish, die der Armee Madenjen zum Verlassen des ungarischen Gebietes aufgefordert worden ist, wurde der „Germania“ zufolge nochmals um 24 Stunden, also bis Mittwochs mittags 12 Uhr, verlängert. Bis dahin wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Truppen, die dann noch nicht haben Ungarn verlassen können, interniert werden oder nicht.

Ein polnisches Ultimatum an Deutschland?

Genf, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Das „Journal de Geneve“ veröffentlicht unter Vorbehalt folgende Depesche: Die polnische Regierung hat an Deutschland ein Ultimatum gerichtet, in welchem sie die sofortige Räumung des polnischen Gebietes durch die deutschen Soldaten verlangt, die für das Verbrechen begangen haben. Sollte Deutschland eine unzureichende Antwort erteilen, so werde sie andere, nötigenfalls militärische Maßnahmen ergreifen. (Eine Bestätigung dieser augenblicklich tendenziösen Meldung liegt nicht vor.)

Judenverfolgung in Prag.

Prag, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Wiener Korr.-Bureau. Um die Mittagsstunde sammelten sich auf dem Großen mehrere hundert Personen an, die vor einigen Häusern, in denen sich Geschäftshäuser befinden, die Herausgabe der jüdischen Besitzverhältnisse mit der Bedingung, daß die Juden an dem Abend selbst seien, daß der Krieg abbracht habe. Es gelang ihnen auch, mehrere Geschäftshäuser zu besetzen. Diese wurden sofort inhaftiert. Das rasche Eingreifen von Soldaten und Gendarmen verhinderte weitere Ausschreitungen. Man brachte die betroffenen Geschäftsinhaber nach der Josefstraße und hielt sie dort in Schutzhaft. Um 1½ Uhr wurde der Josefplatz abgesperrt. Die Menge zog unter härmlichen Rufen: „Richtet die Juden! Tötet sie! Tötet sie!“ vor das Deutsche Haus, in dem sich angeblich mehrere jüdische Geschäftsinhaber verborgen halten sollten. Der Militär gelang es, die Menge wiederum gegen den Palast zurückzudrängen und den Großen abzusperren.

Abdankung des Kronprinzen.

Osaka, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge von maßgebender Stelle verlautet, wird die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am heutigen Dienstag erscheinen. Wie es heißt, drängt der frühere Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Die Verleumdungssucht.

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel.)

In der am Sonntag im Birkhof-Buch abgehaltenen Versammlung hatte Professor Alfred Weber behauptet, Leute wie Stinnes und Thälmann betrieben in Spaa die Gründung eines Rheinbundes unter französischem Protektorat. Wegen dieser Behauptung veröffentlichte Hugo Stinnes der „Voss. Ztg.“ zufolge gestern Abend durch ein Telegramm an Weber, in dem es heißt:

„Heute Abend von Spaa zurückgekehrt, wo ich bemerkt habe, daß die traurigen Behauptungen des Waffenstillstandes für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in der Durchführung erreglicher gehalten werden, welche ich Ihre Behauptungen im Birkhof-Buch zurück und erliche Sie um sofortige Mitteilung, auf welchen Grundlagen Ihre Behauptungen beruhen. Ihre Ausführungen sind in vollem Umfang unwahr, und wer sie verbreitet, macht sich einer gemeinen Lüge schuldig.“

Der Demobilisierungs-Ausgleich Wiesbaden-Stadt. (122)